



## **DEKRET DER SCHULFÜHRUNGSKRAFT Nr. 64 VOM 09.05.2024**

### **GEGENSTAND:**

**Direktvergabe gemäß Art. 26 Absatz 1 Buchstabe b) LG Nr. 16/2015 der Lieferung von Bekleidung und Materialien im Bereich Arbeitssicherheit bis Ende 2025**

**CIG-Code:**

**CUP-Code:**

Es besteht die Notwendigkeit für den ordnungsgemäßen Betrieb der Schule die Vergabe der gegenständlichen Lieferung/Dienstleistung vorzunehmen und den entsprechenden Vertrag abzuschließen.

Nach Einsicht in folgende Rechtsvorschriften:

- in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 22/2018, welches im Artikel 18, Absatz 1, vorsieht, dass der Direktor für die einheitliche Führung der Schule sorgt und ihr gesetzlicher Vertreter ist,
- in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 22/2018, welches im Artikel 18, Absatz 9, vorsieht, dass der Direktor alle Maßnahmen in Bezug auf die Verwaltung des Vermögens trifft und im Rahmen des vom Schulrat genehmigten Finanzbudgets über die Verwendung der Geldmittel zur Durchführung der in die Kompetenz der Schule fallenden Tätigkeiten verfügt,
- in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 22/2018, in geltender Fassung, welches im Artikel 8, Absatz 6, vorsieht, dass die Berufsbildungsschulen, sowohl einzeln auch im Schulverbund, Verträge mit Universitäten, mit Körperschaften, Unternehmen, Vereinigungen oder mit einzelnen Fachleuten, die einen Beitrag zur Umsetzung besonderer Ziele leisten können, abschließen können,
- in das Dekret des Landeshauptmanns Nr. 38/2017, in geltender Fassung, welches im Artikel 27 Absatz 1, vorsieht, dass Schulen, unbeschadet der spezifischen Einschränkungen, die von Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie von dieser Verordnung vorgegeben sind, im Rahmen ihrer institutionellen Ziele volle Verhandlungsautonomie haben und im Artikel 28, Absatz 2, Buchstabe a), dass die Schulen im Rahmen der Vertragsautonomie Lieferverträge und Dienstleistungsverträge abschließen können,
- den Dreijahresplan und das Budget der Schule,
- Das Landesgesetz Nr. 40/1992, Artikel 1, Absätze 1, 2 und 3, welche festlegen, dass Berufsbildungsmaßnahmen zur Erstausbildung, zur Qualifizierung, zur Umschulung, zur Spezialisierung, zur Fortbildung und zur Perfektionierung der Erwerbstätigen im Rahmen einer ständigen Weiterbildung durchgeführt werden, auch für Personen, die auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind,
- das Landesgesetz Nr. 29/1977, Artikel 1, Absätze 1 und 4, welche die Errichtung von Berufsbildungskursen von kurzer Dauer vorsehen,
- in den Artikel 26, Absatz 1, Buchstabe b, des Landesgesetzes Nr. 16/2015, in geltender Fassung, und in den Artikel 50, Absatz 1, Buchstabe b, des GvD Nr. 36/2023, welche vorsehen, dass bei Lieferungen und Dienstleistungen mit einem Betrag unter 140.000 Euro, ein Direktauftrag erteilt werden kann,
- in das Landesgesetz Nr. 16/2015, in geltender Fassung, welches im Artikel 5, Absatz 6, vorsieht, dass Schulen verpflichtet sind, auf die Vereinbarungen des Landes (Agentur für Verträge) zurückzugreifen oder die von diesen Vereinbarungen vorgegebenen Preis- und Qualitätsparameter beim Erwerb von vergleichbaren Gütern und Dienstleistungen als nicht überschreitbare Schwelle heranzuziehen,
- in das Dekret der Führungskraft der Fachschule für Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Ernährung Dietenheim Nr. 20 vom 06.02.2024, mit welchem die Verfahrensverantwortlichen (Phasenverantwortlichen) für die Planungs-, Entwurfs- und Ausführungsphase im Sinne des



gesetzesvertretenden Dekretes 36/2023, Neuer Vergabekodex, Artikel 15, Absatz 4, für alle Verfahren bis zu einem Auftragswert bis 40.000€ für den Dreijahreszeitraum 2024-26 ernannt werden;

Daher wird es für notwendig erachtet, die erforderlichen Verfahren einzuleiten, um die Dienstleistung für den eingangs genannten Gegenstand zu gewährleisten.

Festgestellt, dass gemäß Art. 21/ter Abs. 2 LG Nr. 1/2002 „Bestimmungen über den Haushalt und das Rechnungswesen des Landes“ die öffentlichen Auftraggeber, für die Vergabe von Liefer-, Dienstleistungs- und Instandhaltungsaufträgen unter dem EU-Schwellenwert, nach Art. 2 Abs. 2 LG Nr. 16/2015, alternativ zum Beitritt zu den von der AOV (bzw. Consip) abgeschlossenen Rahmenvereinbarungen und stets unter Einhaltung der entsprechenden Preis- und Qualitätsparameter als Höchstgrenzen, ausschließlich auf den elektronischen Markt des Landes Südtirol zurückgreifen oder, bei Fehlen eines Zulassungsantrages, auf das telematische System des Landes, unbeschadet der Ausnahme gemäß Art. 38 des Landesgesetzes vom 17. Dezember 2015, Nr. 16 und der einschlägigen nationalen Vorschriften, soweit diese anwendbar sind.

Festgestellt, dass die Schule für diese Vergabe nicht eine Vereinbarung der AOV bzw. Consip verwendet, weil es keine aktiven Vereinbarungen hinsichtlich von Dienstleistungen, die mit den zu erwerbenden vergleichbar sind, gibt.

Die Vergabe wird über das telematische System des Landes vorgenommen.

#### Rotationsprinzip:

Es wurde entschieden, die Direktvergabe die Lieferung/Dienstleistung gemäß Art. 26 Absatz 1 Buchst. b) LG Nr. 16/2015 ohne Anwendung des Rotationsprinzips vorzunehmen, weil der Vertragswert geringer als 5.000 Euro ist.

#### DUVRI:

Festgestellt, dass Erkundungen vorgenommen wurden, um das Vorliegen von Risiken durch Interferenzen bei der Vertragsausführung zu überprüfen, und es wird folgendes festgestellt:

- keine derartigen Risiken festgestellt wurden;
- es sich um eine reine Lieferung von Gütern handelt;

#### Sicherheitskosten:

- dass keine **Kosten für die Durchführung des Sicherheitsplans** bestehen.

Es wird festgehalten, dass die wesentlichen Vertragsklauseln im Beauftragungsschreibens enthalten sind.

#### Markterhebung:

Es wurde ausschließlich der Wirtschaftsteilnehmer Fireservice GMBH dazu eingeladen, ein Angebot für die Lieferung von Bekleidung und Materialien im Bereich Arbeitssicherheit bis Ende 2025 einzureichen.

Die Vergabe erfolgt über das Südtiroler Ausschreibungsportal [www.https://www.ausschreibungen-suedetirolo.it](https://www.ausschreibungen-suedetirolo.it) .

#### MUK - CAM vigenti | Green Public Procurement - Criteri Ambientali Minimi (mite.gov.it):

Die Dienstleistung unterliegt den Mindestumweltkriterien (MUK)

#### Begründung:

Um allen Vorgaben im Bereich der Arbeitssicherheit gerecht zu werden, wie es im Sicherheitsbericht der Fachschule Dietenheim vorgesehen ist, müssen kontinuierlich Gegenstände angekauft werden, wie z.B. die PSA (Persönliche Schutzausrüstung) für die Mitarbeiter\*innen, diverse Hinweis- und Gefahrenschilder, Schutzmatten für die Garage, Evakuierstuhl u.dergl. mehr. Der Ankauf, der teilweise sehr speziellen Güter, erfordert es, den Auftrag an einen, dafür spezialisierten Wirtschaftsteilnehmer zu vergeben, damit die Ankäufe, besonders in einer evtl. Notsituation, rasch und unkompliziert erfolgen können. Nach einigen Telefonrecherchen wurde festgestellt, dass es in näherer Umgebung keinen Anbieter gibt, der die genannten speziellen Güter beschaffen und liefern kann. Für Waren wie z.B. normale Berufsbekleidung, Hinweisschilder usw. die auch andere Anbieter liefern können, wurden bereits Aufträge an die landwirtschaftliche



Hauptgenossenschaft und Firma Webhofer vergeben, so dass eine Rotation in den Ankäufen ebenfalls stattfindet.

Die gegenständliche Dienstleistung wird durch eigene Haushaltsmittel im Kalenderjahr 2024 finanziert und ist gedeckt.

## DIE SCHULFÜHRUNGSKRAFT

### verfügt

Der Ankauf **Lieferung von Bekleidung und Materialien im Bereich der Arbeitssicherheit bis Ende 2025** wird aus den oben angeführten Gründen an den **Wirtschaftsteilnehmer Fireservice GMBH** vergeben;

Keine endgültige Sicherheit während der Vertragsdurchführungsphase vorzusehen, da es sich um eine Direktvergabe mit einem Betrag von weniger als 40.000 Euro gemäß von Art. 36 Absatz 1 letzter Satz LG Nr. 16/2015 handelt.

Der Vertrag wird gemäß Art. 18 GvD Nr. 36/2023 in elektronischer Form im Wege des Briefverkehrs abgeschlossen.

Die voraussichtlichen **Gesamtausgaben** von **Euro 5.978,00 (inklusive Steuerlasten)**, können durch die finanzielle Verfügbarkeit der Fachschule Dietenheim durch die ordentliche Zuweisung und die eigenen Einnahmen im Kalenderjahr 2024 getätigt werden.

Die vorliegende Maßnahme ist zur allgemeinen Kenntnisnahme auf der Webseite dieser Verwaltung unter „Transparente Verwaltung“ und das Ergebnis auf dem Portal des Informationssystems Öffentliche Verträge zu veröffentlichen.

Gegen diese Maßnahme kann innerhalb von 30 Tagen vor dem Regionalen Verwaltungsgericht Bozen Rekurs eingereicht werden.

Der einheitliche Projektverantwortliche für diese Vergabe ist Frau Gertraud Aschbacher.

DIE SCHULFÜHRUNGSKRAFT  
Gertraud Aschbacher  
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)